

Presbyterianer. Bis 1949 war sie in Taiwan die einzige Missionskirche von Bedeutung, und so zählen zu ihren 200 000 Gläubigen auch viele gebürtige Taiwanesen. Das Eintreten für deren Belange brachte die presbyterianische Kirche allerdings häufig in Konflikt mit staatlichen Stellen. Dies wurde besonders nach den Unruhen von Kaohsiung im Dezember 1979 deutlich, die aus bis heute ungeklärten Gründen im Anschluß an eine friedliche Demonstration ausbrachen. Zu den bald darauf wegen „aufrührerischer Tätigkeit“ Verurteilten gehörten mehrere prominente Presbyterianer, darunter der Generalsekretär der Kirche, der erst Mitte 1984 auf Grund einer Amnestie

freigelassen wurde. Der angebliche „Rädelsführer“, ein Katholik, wurde im übrigen damals zu lebenslanger Haft verurteilt und ist weiterhin inhaftiert.

Die katholische Kirche Taiwans ist somit *in mehrfacher Hinsicht gefordert*. Sie muß sich nicht nur konsolidieren und – nach Möglichkeit – die Mission verstärken, sondern vor allem auch auf die Erfordernisse einer gewandelten taiwanesischen Gesellschaft vermehrt eingehen. Die ersten Schritte hat sie hierzu gemacht. Ob sie in ihren Bemühungen Erfolg haben wird, hängt allerdings wesentlich von politischen Faktoren ab, auf die sie keinen oder nur geringen Einfluß nehmen kann. *Peter Drews*

Kurzinformationen

Auf Chancen und Probleme von Akademikern im kirchlichen Leben macht eine Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken aufmerksam. Ende Oktober veröffentlichte die Kommission „Bildung und Kultur“ des ZdK eine Erklärung mit dem Titel „Die neue Generation akademisch gebildeter Katholiken in der Verantwortung für Gesellschaft und Kirche“. Man habe, so der Text, in den vergangenen Jahren lange über das katholische Bildungsdefizit diskutiert; kaum jemals sei aber erörtert worden, welche Wirkung eine *Veränderung des Akademikeranteils* auf die Pfarrgemeinden und auf die Kirche haben könnte. Das Fachwissen akademisch gebildeter Katholiken werde im allgemeinen von den Pfarrgemeinden noch zu wenig genutzt und erbeten. Gelegentlich entstehe auch der Eindruck, kirchliche Amtsträger und Akademiker hätten Schwierigkeiten, einander unbefangen zu begegnen. Häufig treffe man bei katholischen Akademikern auf eine intellektuelle Spaltung: „Auf ihrem Sachgebiet sind sie fachkundige Spezialisten, auf dem neuesten Stand von Entwicklung und Wissenschaft, während sie sich in Glaubensfragen nicht weiterbilden.“ Daß fundierte theologische und religiöse Weiterbildung Voraussetzung für die Auseinandersetzung mit der säkularen Welt sei, sei bisher nicht allgemeine Überzeugung der Katholiken. Die Erklärung weist darauf hin, daß es neben Akademikern, die aktiv am Gemeindeleben teilnehmen, auch solche gebe, die nur schwer ihren Ort in der Pfarrgemeinde fänden. Über diese Fernstehenden habe man sich bisher in den Pfarrgemeinden zu wenig Gedanken gemacht. Es sei wünschenswert, verstärkt Formen der *Akademikerpastoral*, überpfarrliche Ansätze und gemeindebezogene Anregungen zu entwickeln. Für die Diözesen ergibt sich nach Ansicht des Zentralkomitees die Notwendigkeit der Errichtung eines Referats für Akademikerpastoral.

Zehn der siebzehn Gliedkirchen der EKD haben bis Ende Oktober offizielle Stellungnahmen zu den Konvergenzerklärungen zu Taufe, Eucharistie und Amt vorgelegt. In einer Auswertung dieser Stellungnahmen zu den Lima-Er-

klärungen stellte Oberkirchenrat *Lothar Coenen* vor der EKD-Synode in Trier (vgl. ds. Heft, S. 544 u. 547) fest, die Konvergenzerklärungen würden darin überall *ausdrücklich begrüßt*. Verschiedene Kirchen weisen aber auf *offene Grunddivergenzen* hin, die noch geklärt werden müßten. Dabei geht es um das Verhältnis von Schrift und kirchlicher Tradition, um die Zuordnung der Kirche zu Christus und um die sozioethische Ausrichtung der Erklärungen. Überwiegend Zustimmung gibt es zum Dokument über die *Taufe*. Das gilt nach dem Bericht von Coenen auch für das *Eucharistiedokument*, wobei sich allerdings in einigen Punkten Schwierigkeiten abzeichnen. So wird an der Lima-Erklärung kritisiert, daß die Kirche oft als Subjekt im Zusammenhang des eucharistischen Geschehens genannt wird; der Terminus Eucharistie wird teilweise als fremd empfunden; man gibt der Sorge Ausdruck, daß die Gabe Gottes zu sehr vom menschlichen Handeln abhängig gemacht werde. Ebenso geben manche Kirchen Schwierigkeiten mit der Aussage der Lima-Erklärung über die Feier der Eucharistie als zentralem Akt des Gottesdienstes zu Protokoll. Die umfangreichste Diskussion hat sich zum *Amts-Dokument* von Lima entwickelt: Weitgehende Zustimmung gibt es in den Stellungnahmen aus den EKD-Gliedkirchen zum Abschnitt über die Berufung des ganzen Volkes Gottes; es wird aber beklagt, daß dieser Grundsatz in den weiteren Ausführungen über das ordinierte Amt und seine Formen nicht durchgehalten werde. Die in der Lima-Erklärung anklingende Beschränkung der Leitungsfunktionen auf das ordinierte Amt wird durchweg abgelehnt und demgegenüber auf das Zusammenwirken von Ordinierten und Nichtordinierten in gemeindlichen und synodalen Leitungsgremien hingewiesen. Allgemein wird auch die dreigliedrige Ämterstruktur (Bischof, Priester, Diakon) als allgemein verbindliche Ordnung für die Gestaltung des Amtes in Frage gestellt. Kritische Äußerungen finden sich in den Stellungnahmen auch zum Verständnis der Ordination als sakramentalem Zeichen. Coenen kommt in seinem Bericht über die bisherigen Stellungnahmen zu dem Schluß: „Sicher ist, daß der jetzige Text der Konvergenzerklärung den Konsens zwi-

schen den Kirchen schon beträchtlich erweitern kann. Sicher ist aber auch, daß über entscheidende Punkte eine Übereinstimmung noch nicht erreichbar ist.“

Die vom 5. bis 7. November in Wien tagenden österreichischen Bischöfe – erstmals nach dem Rücktritt Kardinal Königs unter dem Vorsitz des Salzburger Erzbischofs *Karl Berg* – zogen eine *positive Bilanz des Zweiten Vatikanischen Konzils* und stellten sich in ihren Beratungen „voll hinter all seine Beschlüsse“. Ohne viel bedenkliche und bedauerliche Entwicklungen seither zu verkennen, würden sie im Bemühen um eine Erneuerung der Kirche im Geist des Konzils die Vertiefung des Glaubens in ihren Diözesen vorantreiben wollen, schwerpunktmäßig besonders in fünf Bereichen. Die Zusammenarbeit von Priestern und Laien bedarf nach Meinung der österreichischen Bischöfe einer tieferen theologischen Durchdringung, der Transzendenzbezug der Kirche solle stärker sichtbar werden. In ökumenischen Fragen sollte neben der „geduldigen, demütigen Bereitschaft aller“ ebenfalls die theologische Reflexion wieder mehr Gewicht erhalten. Die durch die Bibelwissenschaft neu eröffneten Zugänge zur Heiligen Schrift müßten ein „viel radikaleres Leben nach dem Evangelium“ zur Folge haben. Die Liturgie solle durch ihren würdevollen und Ehrfurcht vermittelnden Charakter Geheimnis und Nähe Gottes wieder erlebbar machen, wobei Spontaneität und Formenvielfalt erwünscht seien. Als Ort „brüderlicher und versöhnender Begegnung“ und „taugliches Werkzeug zum Frieden“ solle sich die Kirche in der Welt den Armen, Entrechteten, Behinderten, Unterdrückten zuwenden, und als Mahnerin für die Verantwortung gegenüber kommenden Generationen und vor Gott wirken. Zur außerordentlichen Bischofssynode habe man Erzbischof Berg neben Überlegungen über die Stärkung zum Verhältnis der Diözesen gegenüber den Bischofskonferenzen und zum Auseinanderklaffen von Glaube und Lebensführung der Christen vor allem die Befürwortung einer Deklaration aller christlichen Kirchen für den Frieden (also der Abhaltung eines sogenannten „Friedenskonzils“) mitgegeben. – Zu der auch von katholischen Gruppierungen unterstützten Volksabstimmung, die eine Revision des Ankaufs von Abfangjägern für das österreichische Bundesheer anstrebt, verwies der Pressesprecher der österreichischen Bischöfe, der Wiener Diözesanadministrator Weihbischof *Helmut Krätzl*, auf die Legitimität unterschiedlicher Auffassungen von Christen in dieser Frage.

Vom 11. bis 15. November fand in Washington die Herbstvollversammlung der US-amerikanischen Bischofskonferenzen statt. Zu den zentralen Beratungsgegenständen gehörten die Verabschiedung eines überarbeiteten Pastoralplanes über Aktivitäten der Kirche im Zusammenhang mit der *Abtreibungsdiskussion* sowie eines Pastoral Schreibens zu Fragen der *Hochschulseelsorge*. Außerdem wurde der zweite Entwurf für ein *Hirtenschreiben über Fragen der*

Wirtschaft und der katholischen Soziallehre beraten. Im Oktober war diese gegenüber dem ersten Entwurf (vgl. HK August 1985, S. 358–359) um rund ein Viertel gekürzte Fassung der Öffentlichkeit vorgestellt worden (The second draft: Catholic Social Teaching and the U.S. Economy, in: Origins NC documentary service, No. 17 vom 10. Oktober 1985). Bei der Vorstellung der zweiten Fassung betonte der Vorsitzende des mit der Erarbeitung des Hirtenbriefs beauftragten Kommission, Erzbischof *Rembert Weakland* (Milwaukee), und damit trat er der wiederholt ausgesprochenen Kritik entgegen, der erste Entwurf würdige in ungenügender Weise die Erfolge der US-Wirtschaft, der Hirtenbrief könne nicht den Kapitalismus über das hinaus, was er bereits tue, loben, ohne den Hauptweg der katholischen Soziallehre zu verlassen (NC News Service 11. 11. 85). Die Verherrlichung eines rauen Individualismus könne oft zu einer Vernachlässigung des Gemeinwohls führen, das Motiv des Profits als Eigeninteresse zu Gier und Ausbeutung, Markttendenzen zu exzessivem und unsinnigem Konsumismus. „Ich wünsche nur, daß alle diejenigen, die der Ansicht sind, daß die Bischöfe naiv und uninformiert seien, Gelegenheit hatten, an all den Gesprächen teilzunehmen, die von November 1981 bis Juli 1984 stattgefunden haben.“ Ein dritter Entwurf wird den Bischöfen im Juni 1986 zugehen und Gegenstand der Abstimmung bei der Vollversammlung im November nächsten Jahres sein. Zusammen mit dem dritten Entwurf werden die Bischöfe den Entwurf einer pastoralen Botschaft erhalten, die die wichtigsten Themen aus dem Wirtschaftshirtenbrief aufnimmt und zu konkreten Konsequenzen im Alltagsleben auffordert. (Ein ausführlicher Bericht folgt im Januarheft.)

Ein Hirtenschreiben „an die Reichen“ haben die mexikanischen Bischöfe der Region Pazifik Süd verfaßt. Das ausführliche, in weiten Teilen lehrhafte Dokument mit dem Titel „Evangelium und zeitliche Güter“ stellt die von den lateinamerikanischen Bischöfen 1979 in Puebla getroffene „Option für die Armen“ in den pastoralen Gesamtzusammenhang und will dem Vorwurf entgegentreten, mit der Option für die Armen fördere die Kirche klassenkämpferische Entwicklungen in der Gesellschaft. Das Dokument entwirft, ausgehend von der Verantwortung des Christen für die Güter der Schöpfung, das Bild einer (ur-)christlichen und solidarischen Gesellschaft mit ihren evangelischen Forderungen an die Besitzenden. Es ist in verständlicher, pastoraler Sprache verfaßt und vermeidet auch den Anschein einer bischöflichen Standpauke dadurch, daß sich die Verfasser in allen kritischen Aussagen durchgängig miteinbeziehen. Eine knappe Situationsbeschreibung, die das Ausmaß der Armut in der Region schildert, vorhandene Zeichen der Solidarität mit den Armen würdigt, aber auch Egoismus, Habgier und Verschwendungssucht in der mexikanischen Gesellschaft beim Namen nennt, endet mit der Feststellung, daß „einige Christen ihre Brüder ausbeuten, nicht nur weil sie sich bewußt dazu entschlossen hätten, sondern vor allem,

weil wir in einer sogenannten christlichen Gesellschaft leben, die entgegen allen anderslautenden Aussagen auf einem ungerechten sozialen System basiert ... Für uns ist das ein radikales Evangelisierungsproblem, weil die Not der Armen und Bedrängten die Not der Nachfolger Christi ist.“

Wer Reichtum und materielle Güter der Allgemeinheit entziehe, verrate den Schöpfungsplan Gottes: „Wir berauben andere des Rechts, an dem Geschaffenen teilzuhaben und schöpferisch mitzuarbeiten. Wir rücken die Güter an Gottes Stelle und verfallen so in den Götzendienst.“ So komme es dazu, daß „Wohlhabende die Diener der Kirche als subversiv und kommunistisch bezeichnen, wenn diese die Wahrheit des Evangeliums verkünden“. Ein

wichtiger Schritt zur „Befreiung und Evangelisierung derer, die Reichtum besitzen“, ist nach Aussage der mexikanischen Bischöfe, daß alle, auch und gerade die Reichen, die genauen Ursachen und sozialen und wirtschaftlichen Mechanismen kennen, die zum Reichtum einzelner und ihrer Familien geführt haben. „Davon haben wir wenig Ahnung, denn unsere Erziehung und die herrschende Meinung um uns herum bestärken uns darin, daß es normal sei, wenn die einen reich, die anderen arm sind.“ Der Hirtenbrief „an die Reichen und die es werden wollen“ sei mit Freude, Hoffnung und mit Schmerzen geschrieben worden, heißt es abschließend, aber aus Treue zum Wort Gottes, „das schärfer ist als jedes zweischneidige Schwert“ (Hebr. 4,12).

Bücher

THEODOR SCHNEIDER. **Was wir glauben.** Eine Auslegung des Apostolischen Glaubensbekenntnisses. Patmos Verlag Düsseldorf 1985. 543 S. 39,80 DM.

Dem Mainzer Dogmatiker Theodor Schneider ist mit seiner Auslegung des Apostolischen Glaubensbekenntnisses ein bemerkenswertes Buch gelungen. Nach einer Einleitung, die das Grundverständnis von Glauben skizziert und Informationen zur Geschichte des Glaubensbekenntnisses gibt, geht Schneider die drei Artikel des Apostolicums Satz für Satz durch. Dabei gelingt es ihm vom Anfang bis zum Schluß, den jeweiligen exegetischen bzw. dogmen- und theologiegeschichtlichen Befund so aufzuarbeiten, daß die Glaubensinhalte heutigem Verständnis erschlossen werden. Dem Leser werden theologische und exegetische Problemzusammenhänge nicht vorenthalten oder gar vorschnell harmonisiert; die Darstellung zielt aber immer darauf, dem Christen der Gegenwart ein verantwortetes Nachsprechen und Neubekennen der alten Aussagen zu ermöglichen. Das geschieht in einer behutsamen, ehrlichen, gleichzeitig aber engagierten Art, bei der frommes Wortgeklingel ebenso vermieden wird wie überflüssiges Fachchinesisch. Die Sprache dieser Auslegung des Glaubensbekenntnisses ist unpräzise und klar, die einzelnen Kapitel sind auch methodisch überlegt und sinnvoll aufgebaut. Schneider vertuscht nirgendwo die Schwierigkeiten, die sich einem heutigen Verständnis der Glaubensaussagen in den Weg stellen, flüchtet aber ihnen gegenüber nicht in vereinfachende oder den Anspruch des Bekenntnisses reduzierende Antworten. Das gilt für die Jungfrauengeburt (vgl. die Thesen zu ihrem Verständnis auf S. 249–251) ebenso wie für das Bekenntnis zu Jesus als Gottessohn, für Erfahrung und Wirken des Heiligen Geistes oder für die Auferstehung der Toten. Schneider greift in seinem Buch vielfach auf Ansätze und Deutungen zeitgenössischer Theologen zurück; Karl Rahner und Hans Urs von Balthasar kommen ebenso zu Wort wie Joseph Ratzinger und Walter Kasper. Seine Auslegung des Glaubensbekenntnisses hat aber ihr eigenes Profil. U. R.

JERZY HOLZER: **„Solidarität“. Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen.** Verlag C. H. Beck, München 1985. 442 S., 39,80 DM.

Gegenstand dieser 1983 zunächst in einem Warschauer Untergrundverlag erschienenen Darstellung ist der Zeitraum von der Entstehung der unabhängigen polnischen Gewerkschaftsbewegung „Solidarność“ im Zuge der Ereignisse vom Sommer 1980 bis zur Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981. Zur Einordnung dieser Geschehnisse in nationale und internationale Zusammenhänge stellt der Autor cursorisch die polnischen geschichtlichen Voraussetzungen sowie vergleichbare Erfahrungen anderer Ostblockländer dar. Obwohl Holzer selbst aktiv an der Entwicklung der „Solidarność“ teilgenommen hat, enthält er sich weitgehend einer persönlichen Wertung und Beurteilung der Vorgänge und bemüht sich um größtmögliche Objektivität. Minutiös folgt er der Chronologie der Ereignisse. In vielem wird man eine Aufklärung erst erwarten können, wenn man mehr Distanz zu den Ereignissen hat und wenn sich Archive öffnen, die heute noch verschlossen sind. Angesichts der knochentrockenen Detailarbeit wünschte man sich bei der Lektüre hier und da mehr Zusammenfassungen, Durchblicke, Einordnungen. In dieser Hinsicht wird der Leser jedoch bis zum Schlußkapitel auf die Folter gespannt. Hier gibt der Autor seine Zurückhaltung auf. Den Handlungsspielraum der „Solidarność“ beschreibt er als äußerst gering: Der Weg zum Erfolg dieser Revolution über eine konsequente Mäßigung von Forderungen und Zielen sei versperrt gewesen. Hätte „Solidarność“ von Anfang an eine deutliche Radikalisierung betrieben, frage sich, was sie hätte erreichen können, ohne nach der Macht im Staat zu greifen und das Prinzip des Kompromisses aufzugeben. Zu den Fehlern der Gewerkschaft zählt Holzer die Überschätzung der eigenen Kräfte und die Unterschätzung der Stärke des Gegners. Mit Legendenbildung hält sich diese Arbeit zurück, um so wichtiger dürfte sie für das Gedächtnis nicht nur der Polen sein. K. N.